

Didaktik der Sozialwissenschaften

Social Science Education / Working Papers

17 Minuten Politik, 20 Sekunden Redezeit

Daten zum Politikunterricht
in der Sekundarstufe I
in Nordrhein-Westfalen

Mahir Gökbudak, Reinhold Hedtke

Februar 2018

Didaktik der Sozialwissenschaften

Social Science Education

Working Papers

ISSN 2364-7698

Herausgeber / Editors:

Prof. Dr. Reinhold Hedtke

Prof. Dr. Bettina Zurstrassen

Die Working Papers Didaktik der Sozialwissenschaften stellen vorläufige Forschungsergebnisse oder Resultate aus laufenden Forschungsprojekten vor und bieten ein Forum für Debatten und Diskussionen. Sie haben eine interne und externe Kommentierung und Begutachtung durchlaufen.

Social Science Education Working Papers are reporting on preliminary research results or results from current projects and are intended to provide a forum for debate and discussion. They have been subjected to internal and external comment and peer review.

Universität Bielefeld / Bielefeld University

Fakultät für Soziologie / Faculty of Sociology

Postfach / Postbox 100 131

33501 Bielefeld

Germany

Homepage

<http://www.uni-bielefeld.de/soz/forschung/ab9/>

e-Mail

reinhold.hedtke[at]uni-bielefeld.de

bettina.zustrassen[at]uni-bielefeld.de

Sekretariat / office: Tel. +49 (0)521-106-3985

Bielefeld 2017

© Copyright by the author(s)

**17 Minuten Politik,
20 Sekunden Redezeit**

Daten zum Politikunterricht
in der Sekundarstufe I
in Nordrhein-Westfalen

Mahir Gökbudak, Reinhold Hedtke

Forschungsprojekt
Die sozialwissenschaftliche Domäne
in allgemeinbildenden Schulen der
Sekundarstufe I
Analyse im Ländervergleich (SoWiDaS)

	Zusammenfassung	1
1	Einleitung	2
2	Fragestellung des Forschungsprojekts	2
3	Daten und Aussagekraft	3
3.1	Unterricht laut Stundentafel	4
3.2	Weitere Lernformen	5
3.3	Zur Methodik	5
4	Die Forschungsergebnisse	7
	Politik im Bildungsgang	7
	Politik im Schulfach	8
	Politik im Vergleich zu Wirtschaft	12
	Gesellschaft im Vergleich zu Wirtschaft	13
	Reale Lernzeit für politische Themen	14
5	Fachbezeichnungen und Fachinhalte	15
6	Ausblick	16
	Anhang: Zur Datenbasis	17
	Literatur- und Quellenverzeichnis	19

17 Minuten Politik, 20 Sekunden Redezeit

Daten zum Politikunterricht in der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen

Zusammenfassung

Die hier präsentierte Teilstudie untersucht die Stellung des Politikunterrichts und politischer Themen an den drei zentralen Schulformen der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen: Gesamtschule, Gymnasium und Realschule. Sie gehört zu einem größeren Forschungsprojekt, das die sozialwissenschaftliche Domäne in der Sekundarstufe I im Ländervergleich zum Gegenstand hat.

Die empirische Studie analysiert die Position von Politik in den Stundentafeln der Schulformen und in den Kernlehrplänen der drei Fächer „Politik“ (Gesamt- und Realschule) und „Politik/Wirtschaft“ (Gymnasium). Sie vergleicht das Gewicht des Themenbereichs Politik mit dem von Gesellschaft und Wirtschaft. Dazu zieht sie die verpflichtenden Vorgaben für die Fächer und die obligatorischen Inhaltsfelder heran. Diese Vorgaben werden systematisch quantifiziert, um mit Hilfe von empirischen Indikatoren die vom Gesetzgeber und vom Ministerium bestimmte Bedeutung von politischen Themen im Fachunterricht der nordrhein-westfälischen Schulen zu erfassen.

Die Fächernamen lassen erwarten, dass Politik und politische Themen im Unterricht an der Sekundarstufe I in NRW ein erhebliches Gewicht haben. Konkreter kann man annehmen, dass der Themenbereich Politik in einem Schulfach „Politik“ deutlich überwiegt und in einem Schulfach „Politik/Wirtschaft“ mindestens die Hälfte der curricular definierten Inhaltsbereiche ausmacht.

Empirisch werden diese Erwartungen eindeutig enttäuscht:

- Im gesamten Unterricht der Jahrgangsstufen 5 bis 10 bzw. 5 bis 9 an Gymnasien beschäftigen sich die Lernenden sehr selten und sehr kurz mit politischen Themen. Nur wenig mehr als ein Prozent ihrer Lernzeit steht dafür zur Verfügung.
- Im Durchschnitt entfallen pro Schulwoche im Unterricht bestenfalls 17 bis 20 Minuten auf politisches Lernen. Jeder Jugendliche hat rechnerisch wöchentlich etwa 20 Sekunden Zeit, um seine politische Position vorzutragen und mit anderen darüber zu sprechen.
- Auch im sozialwissenschaftlichen Lernbereich (Politik, Gesellschaft, Wirtschaft) der Sekundarstufe I machen politische Themen nur ein gutes Drittel der Unterrichtszeit aus.
- Der Anteil von Politik im gymnasialen Fach „Politik/Wirtschaft“ liegt unter 32 %.
- Der Kernlehrplan des Faches „Politik/Wirtschaft“ gibt wirtschaftlichen Themen ein Drittel mehr Raum als politischen.
- Curricular besonders wirtschaftsaffin sind die Gesamtschule und, mit Abstand, das Gymnasium.
- Der Themenbereich Gesellschaft bleibt in allen Schulformen weit hinter Wirtschaft. Je nach Schulform verplant der Kernlehrplan durch die Inhaltsfelder für den Themenbereich Wirtschaft 50 % bis 69 % mehr Unterrichtszeit als für Gesellschaft.

Eine einzigartige Position genießen „Politik“ und „Politik/Wirtschaft“ allerdings bei fachfremd erteiltem Unterricht. Hier ist der fachfremde Anteil der weitaus größte von allen Fächern in der Sekundarstufe I. Er ist mindestens doppelt so groß wie beim zweitschlechtesten Fach.

1 Einleitung

Verfolgt man die öffentlichen und bildungspolitischen Debatten über den Zustand und die Dringlichkeit der politischen Bildung an Schulen, ergibt sich ein ambivalentes Bild.

Einerseits gehen Beobachter davon aus, dass die politische Bildung an Schulen heute einigermaßen gut aufgestellt ist. Viele stellen sich vor, dass Unterricht über Politik in der deutschen Demokratie des 21. Jahrhunderts nicht nur eine Selbstverständlichkeit geworden ist. Sie nehmen auch an, dass dafür hinreichend viel Lernzeit an den Schulen zur Verfügung steht. Manche fordern deshalb bereits, für die Lösung der angedeuteten Problemlagen weniger auf die Schulen als vielmehr auf außerschulische Jugendbildung zu setzen. Diese müsse man jetzt verstärkt ausbauen, wenn man wirklich etwas erreichen wolle.

Auf der anderen Seite steht die Sorge, dass die politische Bildung an Schulen seit langem zu kurz kommt. Schlagworte wie Politikverdrossenheit, Demokratiedistanz, Autoritarismus, Rechtsextremismus oder gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit stecken das Spektrum der angesprochenen, auch an die Schule adressierten Probleme ab. Daher überrascht es nicht, dass in der jüngeren Vergangenheit wieder häufiger mehr politische Bildung an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen verlangt wird. Diese Rufe hört man vermehrt auch nach der jüngsten Bundestagswahl und den Landtagswahlen, nach denen rechtspopulistische Fraktionen die Parlamente bevölkern.

Aber wie ist die Situation der politischen Bildung an Schulen tatsächlich? Unter welchen Rahmenbedingungen findet dort die Auseinandersetzung mit dem großen Themenbereich Politik statt? Wie steht es um die Themenbereiche Wirtschaft und Gesellschaft? Darüber ist bisher nur wenig bekannt. Die politischen und wissenschaftlichen Debatten kranken daran, dass sie sich nicht auf eine Bestandsaufnahme stützen können. Deshalb wird über Defizite und ihre Behebung viel spekuliert.

Neben das empirische Nichtwissen tritt ein weit verbreiteter Irrtum. Die Öffentlichkeit identifiziert politische Bildung meist mit dem Themenbereich Politik. Bildungspolitische und fachdidaktische Fachleute wissen aber, dass sich hinter der Überschrift politische Bildung, Politik oder Politikunterricht tatsächlich meistens mindestens drei große Themenbereiche verbergen: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Genau genommen müsste man deshalb von politisch-wirtschaftlich-gesellschaftlicher Bildung sprechen.

Wir verwenden im Folgenden dafür den Begriff sozialwissenschaftliche Bildung. Dieser Begriff ist auch bildungspolitisch anschlussfähig, da das nordrhein-westfälische Schulministerium alle Schulfächer der politischen Bildung auf die drei sozialwissenschaftlichen Leitdisziplinen Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft und Soziologie bezieht (MSW 2001, S. 7).

2 Fragestellung des Forschungsprojekts

Den Mangel des Nichtwissens will ein mehrjähriges Forschungsprojekt der Fakultät für Soziologie an der Universität Bielefeld beheben. Im Projekt „Die sozialwissenschaftliche Domäne in allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I. Analyse im Ländervergleich (SoWiDaS)“ werden seit 2016 Daten zur Struktur der sozialwissenschaftlichen Domäne – also der Schulfächergruppe für die großen Themenbereiche Gesellschaft, Politik, Wirtschaft – für die einzelnen Bundesländer erhoben, analysiert und miteinander verglichen.

Im Folgenden stellen wir eine Teilstudie mit Forschungsergebnissen für Nordrhein-Westfalen vor (Stichtag 30. Juli 2017). Dabei konzentrieren wir uns auf die Sekundarstufe I, also auf die Jahrgangsstufen 5-10 bei Gesamtschule und Realschule, beim Gymnasium auf 5-9.

In der hier präsentierten Teilstudie haben wir für das Bundesland NRW die drei folgenden Forschungsfragen empirisch untersucht:

- F1 Wie ist die allgemeine Stellung der sozialwissenschaftlichen Bildung, insbesondere des Themenbereichs Politik an Schulen der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen?
- F2 Wie stark ist der Themenbereich Politik im schulfachlichen Unterricht der sozialwissenschaftlichen Domäne verankert?
- F3 Welchen relativen Rang hat die Beschäftigung mit politischen Themen im Vergleich zu den Themenbereichen Gesellschaft und Wirtschaft?

Als empirische Indikatoren zur Beantwortung dieser Fragen verwenden wir zunächst die Verteilung der Gesamtlernzeit, wie sie die Kultusministerien in den Stundentafeln für die einzelnen Schulformen vorgeben (obligatorische Wochenstunden). Darüber hinaus arbeiten wir mit der Zahl und den Inhaltsbeschreibungen der Inhaltsfelder in den einschlägigen Kernlehrplänen als zweitem Indikator (obligatorische Lerninhalte).

Zu den drei Fragen haben wir vier empirisch zu prüfende Hypothesen entwickelt. Sie spiegeln die Diskussion in der fachdidaktischen wissenschaftlichen Literatur und berücksichtigen die einschlägigen bildungspolitischen Debatten und schulfachpolitischen Forderungen für die Sekundarstufe I. Die Hypothesen lauten:

- H1 Der Themenbereich Politik findet in den Bildungsgängen der Sekundarstufe I an den Schulen in NRW generell eine große Anerkennung.
- H2 Innerhalb des sozialwissenschaftlichen Lernbereichs an den Schulen in NRW hat der Themenbereich Politik generell eine starke Stellung.
- H3 In den sozialwissenschaftlichen Fächern an den Schulen dominiert der Themenbereich Politik im Vergleich zum Themenbereich Wirtschaft deutlich.
- H4 Der Themenbereich Gesellschaft hat in den sozialwissenschaftlichen Fächern ein größeres Gewicht als der Themenbereich Wirtschaft.

Die Operationalisierung der Hypothesen mit Hilfe von quantitativen empirischen Indikatoren und die Methodik erläutern wir in Abschnitt 3.3.

Wir begründen die Hypothesen vor allem mit Blick auf die bekannten bildungspolitischen Programmatiken von SPD und Grünen sowie die Schulpolitik der rot-grünen Landesregierungen von 1995 bis 2005 und 2010 bis 2017 (NRWSPD, Bündnis 90/Die Grünen 2010, S. 16, S. 73; NRWSPD, Bündnis 90/Die Grünen NRW 2012, S. 25, S. 86). Im Koalitionsvertrag von CDU und FDP für die Legislaturperiode 2005 bis 2010 findet die sozialwissenschaftliche Bildung zwar keine Erwähnung, aber die damalige CDU-FDP-Regierung hat auch keine Umstrukturierungen zu ihren Lasten an den Schulen durchgesetzt. Die CDU-FDP-Regierung, die seit Juni 2017 im Amt ist, hat noch keine bildungspolitischen Maßnahmen ergriffen, die in unserem Feld bereits wirksam geworden wären. Die empirische Datenbasis bleibt also bisher vom Regierungswechsel unberührt.

Unsere Studie bietet erstmals eine empirische Überprüfung der tatsächlichen Umsetzung der schulfachpolitischen Positionen und Beschlüsse des nordrhein-westfälischen Gesetzgebers zur schulischen sozialwissenschaftlichen Bildung (Politik, Wirtschaft, Gesellschaft) durch das zuständige Schulministerium. Mit Hilfe der quantitativen Indikatoren können wir die Relevanz, die Parlament und Regierung der sozialwissenschaftlichen Bildung an Schulen zuschreiben, quantifizieren und in Relation zu anderen Schulfächern setzen.

Die Ergebnisse unserer empirischen Analysen für NRW haben uns überwiegend überrascht. Teilweise widerlegen sie weit verbreitete bildungspolitische Annahmen, teilweise bringen sie bisher unbekannte Befunde. Zunächst aber informieren wir kurz über die Datenbasis für unser Forschungsprojekt.

3 Daten und Aussagekraft

Das mehrgliedrige Schulsystem im Sekundarbereich I in Nordrhein-Westfalen besteht aus Hauptschule, Realschule, Sekundarschule, Gesamtschule und Gymnasium (SchulG NRW 2016). Gegenstand der vorliegenden Teilstudie waren die drei zentralen Schulformen Realschule, Gesamtschule und Gymnasium. Damit wird die Situation für 80 % der Lernenden in der Sekundarstufe I erfasst (MSW 2017a, S. 23). Grundlage der Analyse bilden ausschließlich rechtsverbindliche Landesgesetze, Richtlinien, Rahmenvorgaben und Verwaltungsvorschriften, die den formalen Rahmen über die Struktur und Inhalte des Unterrichts an allgemeinbildenden Schulen in Nordrhein-Westfalen vorgeben. Als Basis für die Berechnungen wurden die Stundentafeln, die Kernlehrpläne sowie einschlägige Vorgaben genutzt (weitere Informationen zur Datenbasis siehe Anhang).

In die hier präsentierte Analyse konnte nur das eingehen, was vom Gesetzgeber und vom Ministerium den Schulen und ihren Lehrkräften obligatorisch vorgegeben wird. Das ist vor allem der Pflichtunterricht in den Schulfächern des sozialwissenschaftlichen Lernbereichs, dessen Umfang durch die Stundentafeln festgelegt und dessen inhaltliche Grundstruktur durch die Kernlehrpläne beschrieben wird. Weitere fakultative Angebote, über die die einzelnen Schulen oder Lernenden frei entscheiden können, etwa im Rahmen von Wahlpflichtunterricht, Arbeitsgemeinschaften, Projekten etc., müssen aus Gründen der Vergleichbarkeit unberücksichtigt bleiben. Der Erhebungsaufwand dafür wäre im Übrigen sehr hoch.

Unsere Studie ermittelt erstmals empirisch die quantitative Struktur der Themenbereiche Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in der sozialwissenschaftlichen Bildung der Sekundarstufe I. Mit unseren Daten liegt der Fokus auf der bildungspolitisch-administrativen Steuerungsebene des Schulsystems. Unser Material und unsere Analysemethoden erlauben Aussagen darüber, welche Gewichtung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft das Ministerium für Schule und Weiterbildung den Schulen vorgegeben hat.

Zwar erlässt das Ministerium die Lehrpläne für die Schulfächer und verfügt damit über ein mehr oder weniger starkes inhaltliches Steuerungsinstrument (§ 29 (1) Schulgesetz NRW), aber den hier ebenfalls relevanten schulgesetzlichen Vorgaben für die Stundentafeln, Unterrichtsfächer und Lernbereiche muss der Schulausschuss des Landtags zustimmen (§ 52 (1) 2., 5. Schulgesetz NRW). Besonders in den Stundentafeln, die die Verteilung der Lernzeit vorgeben, manifestiert sich deshalb der bildungspolitische Wille der Parlamentsmehrheit.

Zusammengenommen zeigen diese Vorgaben die Inhaltsstruktur der bildungspolitischen Regulation der verpflichtend zu unterrichtenden Fächer, Inhaltsfelder, inhaltlichen Schwerpunkte und der obligatorisch zu erwerbenden Kompetenzen. Bezieht man zusätzlich auch den vorgeschriebenen Minimalumfang des Schülerbetriebspraktikums mit ein, kann man die obligatorisch dafür aufzuwendende Lernzeit erfassen.

Am relativen Rang der sozialwissenschaftlichen Bildung und ihrer drei Themenbereiche Politik, Gesellschaft, Wirtschaft kann man den Bildungswert ablesen, der ihr zugestanden wird. Er manifestiert sich darin, wie viel oder wie wenig von der begrenzten Schulzeit ihr zugestanden wird. Der Rangplatz des Themenbereichs Politik kann als Symbol dafür gelten, wie viel die Demokratie sich selbst wert ist. Auf jeden Fall lassen sich so die realen Resultate der Landespolitik für sozialwissenschaftliche Bildung und ihre Themenbereiche an Schulen messen und quantitativ vergleichen. Das gilt auch im Ländervergleich; unsere Untersuchungen dazu sind noch nicht abgeschlossen.

Die Analyse konzentriert sich also auf die curriculare Regulierungsebene und dort ausschließlich auf den obligatorischen Teil. Sofern die Schulbücher ministeriell zu genehmigen sind – das ist in NRW der Fall –, kann man vorläufig unterstellen, dass sie in der Gewichtung in etwa den curricularen Vorgaben entsprechen.

Es liegt auf der Hand, dass wir mittels unserer Methode keine Aussagen darüber machen können, ob sich an den einzelnen Schulen die Fachkonferenzen bei der Erstellung der schulinternen Lehrpläne oder die Lehrkräfte in ihrem Unterricht daran halten oder nicht. Es kann sein, dass sie das tun oder dass sie von den Vorgaben nach oben oder nach unten abweichen. Daten über die beiden Ebenen Schule und Unterricht liegen nach unserem Wissensstand nicht vor. Sie sind aus mehreren Gründen auch nur schwierig zu erheben. Auch darüber kann man also keine belastbaren Aussagen machen.

Da im Übrigen in unserem Gegenstandsbereich, der sozialwissenschaftlichen Domäne in der Sekundarstufe I, keine zentralen Prüfungen zu absolvieren sind, kann man auch nicht damit rechnen, dass sich über die notwendige Vorbereitung der Lernenden auf diese Prüfungen die curricularen Vorgaben stärker in der Praxis durchsetzen.

3.1 Unterricht laut Stundentafel und Kernlehrplänen

Gemäß den schulformspezifischen Stundentafeln wird die Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen in zwei Phasen unterteilt. Klasse 5 und 6 bilden Phase I und die Klassen 7 bis 10 bzw. Klasse 7 bis 9 an Gymnasien bilden die Phase II in der Sekundarstufe I. Die hier präsentierten Forschungsergebnisse beziehen sich – wenn nicht anders angegeben – auf beide Phasen, also auf die gesamte Sekundarstufe I.

Die Stundentafeln machen Angaben zu den jeweils für einen Lernbereich mit mehreren Schulfächern bzw. für ein einzelnes Fach verbindlich zu erteilenden Wochen(unterrichts)stunden innerhalb der zwei Phasen. Während das Volumen vorgegeben ist, legen die Schulen die endgültige Verteilung der Unterrichtsstunden auf die einzelnen Jahrgänge eigenständig fest. Die fachinhaltlichen Vorgaben werden in den einzelnen Kernlehrplänen spezifiziert. Sie weisen Inhaltsfelder inklusive inhaltlicher Schwerpunkte aus und kombinieren sie mit Kompetenzbereichen und Kompetenzen. Typische Beispiele für curricular definierte Inhaltsfelder für die Sekundarstufe I in NRW sind „Sicherung und Weiterentwicklung der Demokratie“, „Grundlagen des Wirtschaftens und Wirtschaftsgeschehens“ oder „Identität und Lebensgestaltung im Wandel der modernen und globalisierten Gesellschaft“.

Bei genauerer Betrachtung der Inhaltsfelder in den Kernlehrplänen fällt auf, dass die dort beschriebenen konkreten fachlich-inhaltlichen Vorgaben teilweise erheblich von der Bezeichnung des Faches abweichen. Das ist ein in der Fachdidaktik wohlbekannter Befund, der aber in den *bildungspolitischen* Debatten trotz seiner Relevanz kaum Beachtung findet. So besteht etwa das Fach Politik an der Realschule in NRW laut Kernlehrplan Politik (MSW 2011a) nur zu einem Teil aus politischen Inhalten im engeren Sinne, denn es umfasst auch die Themenbereiche Wirtschaft und Gesellschaft (siehe Abb. 3). Sie haben dort ein erhebliches Gewicht. Das gilt auch für die Sekundarstufe I insgesamt (siehe Abb. 2).

Die Schulfachbezeichnungen bleiben also inhaltlich unscharf und führen teilweise in die Irre. Deshalb muss man sorgfältig analysieren, welche inhaltlichen Schwerpunkte sich tatsächlich hinter einem Fächernamen verbergen. Will man wissen, wie viel Politik tatsächlich auf dem Stundenplan steht, muss man hinter die Fächer schauen und deren Kernlehrpläne inhaltlich analysieren.

Um die inhaltliche Struktur der Kernlehrpläne zu ermitteln, wurden die von ihnen aufgeführten einzelnen Inhaltsfelder anhand der dort genannten inhaltlichen Schwerpunkte und Kompetenzen der sozialwissenschaftlichen Bildung den drei Themenbereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zugeordnet.

3.2 Weitere Lernformen

In der Sekundarstufe I in NRW stehen neben dem Fachunterricht eine Reihe weiterer Lernformen. Wir können in unserem Forschungsprojekt nur die verpflichtend vorgegebenen Formen berücksichtigen. Eine solche Verpflichtung der Schulen gibt es in der sozialwissenschaftlichen Domäne der Sekundarstufe I nur im Teilbereich Wirtschaft in Form des für alle Schülerinnen und Schüler an einer Schulform obligatorischen Schülerbetriebspraktikums. Die empirische Analyse des obligatorischen Schülerbetriebspraktikums ist einem anderen Teil unseres Forschungsprojekts zugeordnet, auf den wir hier nicht eingehen können.

Für die Themenbereiche Politik und Gesellschaft existieren keine vergleichbaren verbindlichen Lernformate. Die einschlägigen Rechtsvorschriften enthalten in den Themenbereichen Politik und Gesellschaft eine einzige, fakultative außerunterrichtliche Lernform: zum 27. Januar, dem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, können die Schulen außerunterrichtliche Veranstaltungen durchführen (MSW 1996).

3.3 Zur Methodik

Für die Beantwortung unserer Forschungsfragen haben wir zunächst die Daten in den Stundentafeln und Kernlehrplänen erfasst. Dazu gehören bei den Stundentafeln die Wochenstunden, deren Verteilung auf die Jahrgangsstufen und die Gesamtstundenanzahl für die Klassen 5 bis 9 bzw. 5 bis 10. Bei den Kernlehrplänen für die drei Fächer Politik (Gesamtschule, Realschule) und Politik/Wirtschaft (Gymnasium) geht es vor allem um die dort benannten, beschriebenen und mit Kompetenzen versehenen obligatorischen sieben bis neun *Inhaltsfelder* für den Unterricht in der Sekundarstufe I. Wir übernehmen die Bezeichnung Inhaltsfeld und verwenden sie nur für diese Elemente aus den Kernlehrplänen.

Curriculare Inhaltsfelder der drei berücksichtigten Fächer bestehen ganz oder zum Teil aus Inhalten und Kompetenzen, die aus drei *Themenbereichen* stammen: Politik, Wirtschaft oder Gesellschaft. Nicht jedes Inhaltsfeld kann man ausschließlich einem dieser Themenbereiche zuordnen.

Deshalb verwenden wir eine Gewichtungsmethode, mit der wir das relative Gewicht der drei Themenbereiche sozialwissenschaftlicher Bildung an den Schulformen Gesamtschule, Realschule und Gymnasium berechnen und vergleichen können. Sie beginnt auf der obersten Ebene der Stundentafeln mit den Schulfächern, desaggregiert die Analyse dann bis hinunter zur Ebene der einzelnen Inhaltsfelder in den Kernlehrplänen, um dann diese Mikrobefunde auf der mittleren Ebene der sozialwissenschaftlichen Themenbereiche Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu reaggieren und so ein quantitatives Gesamtbild zu gewinnen (Makro-Mikro-Meso-Analyse).

In einem ersten Schritt wurden die Wochen(unterrichts)stunden (S) in den ministeriell vorgegebenen Stundentafeln für die Schulfächer Politik (Realschule, Gesamtschule) und Politik/Wirtschaft (Gymnasium) für die Jahrgänge 5 bis 10 bzw. 5 bis 9 an Gymnasien analysiert (Strukturanalyse). Aus den Wochenstunden bilden wir Anteile für Fächer und Themenbereiche (Q_S). Wir rechnen die Wochenstunden der Stundentafeln auf der Basis eines Normschuljahrs mit 40 Unterrichtswochen in Unterrichtsstunden à 45 Minuten um und erhalten so das Unterrichtszeitvolumen (V_U). Damit können wir grundsätzlich auch die Lernzeit für bestimmte Inhaltsbereiche erfassen, die nicht unmittelbar durch die Stundentafeln definiert wird, und so ein realistisches Lagebild gewinnen. Solange nicht anders vermerkt, erfolgen die Angaben in Unterrichtsstunden.

Im zweiten Schritt wurden die Kernlehrpläne analysiert. Wir haben ihre Inhaltsfelder und inhaltlichen Schwerpunkte einem der sozialwissenschaftlichen Themenbereiche Politik, Wirtschaft, Gesellschaft zugeordnet (Inhaltsfeldanalyse für P, W, G). Berücksichtigt wurden nur die für die Jahrgangsstufen der Sekundarstufe I *obligatorischen* Inhaltsfelder der Kernlehrpläne. Inhaltsfelder, die nicht eindeutig zuzuordnen waren, wurden anteilig angerechnet. So konnte der durchschnittliche Anteil jedes Themenbereichs an den Gesamtunterrichtsstunden des Faches ermittelt werden (Unterrichtszeitquoten, Q_{UP} , Q_{UG} und Q_{UW}).

Fasst man die unterrichtsförmige Lernzeit (Unterrichtszeitvolumen in Schulstunden, V_U) und die obligatorische außerunterrichtliche Lernzeit (V_{ex}) zusammen, erhält man das Gesamtlernzeitvolumen (V_V). In der Sekundarstufe I in NRW sind für die Themenbereiche Politik und Gesellschaft der sozialwissenschaftlichen Bildung die Gesamtlernzeitvolumina V_{GP} und V_{GG} und die Unterrichtszeitvolumina V_{UP} und V_{UG} identisch, da es dort keine verbindlichen außerunterrichtlichen Veranstaltungen gibt. Nur für den Themenbereich Wirtschaft gibt es ein

zusätzliches, obligatorisches *außerunterrichtliches* Element, das Schülerbetriebspraktikum; das berücksichtigen wir hier aber nicht.

Für die Überprüfung der Hypothesen beziehen wir uns auf die folgenden empirischen Indikatoren:

Die Hypothese 1 überprüfen wir mit Hilfe von Stundentafelquoten, d. h. auf der Basis der in den Stundentafeln definierten Wochenstunden. Die Hypothesen 2, 3 und 4 untersuchen wir mit Hilfe von Unterrichtszeitquoten auf der Basis von regulär zu erteilenden Unterrichtsstunden.

Indikatoren für Hypothese 1

Als Indiz für die Bedeutung von Politik im *gesamten* Bildungsgang einer Schulform laut Hypothese 1 erheben wir zunächst die Gesamtstundentafelquote Q_{SPFach} des dafür zuständigen Schulfachs, also von „Politik“ an Gesamtschulen und Realschulen bzw. „Politik/Wirtschaft“ am Gymnasium. Dann differenzieren wir innerhalb des jeweiligen Faches nach den obligatorischen Themenbereichen des Kernlehrplans, die er in Form von Inhaltsfeldern vorgibt. Wir ermitteln die Stundentafelquote für Politik (Q_{SP}) als den Anteil der durchschnittlichen Wochenstunden für den Themenbereich Politik (S_P) an allen Wochenstunden der Sekundarstufe I (S_G) für die Jahrgangsstufen 5-10 (S_{P10}) bzw. beim Gymnasium 5-9 (S_{P9}) in Prozent.

[a] Den Indikator für die Diagnose „generell große Anerkennung“ in H1 definieren wir zurückhaltend als eine Q_{SP} , die in derselben Größenordnung liegt wie der Durchschnitt anderer Fächer. In diesem Sinne bestimmen wir „große“ Anerkennung genauer als das *Minimum* einer *Gleichwertigkeit* des Themenbereichs Politik gegenüber anderen Schulfächern in der Stundentafel. Als Bezugsgröße dafür nehmen wir die rechnerische Gleichverteilung der Wochenstunden zwischen allen Schulfächern der Stundentafel. Diese berechnen wir als durchschnittliche Stundentafelquote pro Fach $Q_{S\bar{x}}$, der wir den Stundentafelanteil für das Fach Politik bzw. Politik/Wirtschaft gegenüberstellen (Q_{SPFach}).

[b] Wegen des Ungleichgewichts zwischen einigen, gemessen an Wochenstunden „großen“ und „kleinen“ Fächern ermitteln wir zusätzlich auch einen bereinigten Wert der durchschnittlichen Stundentafelquote pro Fach ($Q_{S\bar{x}}$). Dieser lässt die „großen“ Fächer Deutsch, Mathematik, Englisch und Sport sowie den für unsere Zwecke nicht hinreichend definierten Wahlpflichtbereich unberücksichtigt. Darauf bezogen erhalten wir dann die Wochenstundenquote für Politik bezogen auf die Gruppe der kleinen Fächer ($Q_{SPpartial}$; siehe Anhang, Tab. 8).

Indikatoren für Hypothesen 2 und 3

[c] Als Indikator für H2 und H3 nutzen wir die Unterrichtszeitquoten (Q_U) für die drei Themenbereiche Politik, Gesellschaft und Wirtschaft im Schulfach „Politik“ bzw. „Politik/Wirtschaft“. Unterrichtszeitquoten erfassen den durchschnittlichen Anteil der obligatorischen Inhaltsfelder der Kernlehrpläne zu den Themenbereichen Politik (Q_{UP}), Gesellschaft (Q_{UG}) und Wirtschaft (Q_{UW}) an den gesamten Unterrichtsstunden à 45 Minuten (Unterrichtsvolumen V_U) des jeweiligen Faches in Prozent.

[d] Eine „generell starke Stellung“ für Politik bestimmen wir als $Q_{UP} \geq 50\%$, d. h., wir erwarten mit der Hypothese 2, dass die politischen Themenbereiche mindestens die Hälfte der Unterrichtszeit des Faches ausmachen. Diese Annahme begründet sich aus der bildungspolitischen Signalwirkung, die die nordrhein-westfälischen Landesregierungen mit den Fächerbezeichnungen „Politik“ (Realschule, Gesamtschule) und „Politik/Wirtschaft“ (Gymnasium) gesetzt haben.

[e] „Deutlich dominieren“ in H3 definieren wir als $Q_{UP} \geq 42\%$, begründet als Abstandswert von mindestens rund einem Viertel zugunsten des Themenbereichs Politik gegenüber einer Gleichverteilung der drei Themenbereiche Politik, Gesellschaft und Wirtschaft, bei der Q_{UW} den Wert 33,3 % hätte.

Indikatoren für Hypothese 4

[g] „Größeres Gewicht“ in H4 definieren wir ebenfalls mittels der Unterrichtszeitquoten. Wir sehen die Hypothese als bestätigt, wenn $Q_{UG} \geq 36\%$ bei $Q_{UW} \leq 33,3\%$, begründet als Abstandswert von mindestens rund einem Zehntel über dem Gleichverteilungswert für die drei Themenbereiche von 33,3 %.

Weitere Indikatoren

Für die Berechnung des Gesamtlernzeitvolumens V_V zusätzlich zu berücksichtigen ist die *obligatorische* außerunterrichtliche Lernzeit (V_{ex}) der drei Themenbereiche, berechnet als durchschnittliche Unterrichtsstunden à 45 Minuten (Unterrichtsstundenäquivalente). Das Gesamtlernzeitvolumen untersuchen wir in einer anderen NRW-Teilstudie unseres Forschungsprojekts, es bleibt hier unberücksichtigt.

Mit der Bestimmung dieser Indikatoren können wir erstmals ein empirisch fundiertes Bild der Umsetzung der schulfachpolitischen Beschlüsse des nordrhein-westfälischen Gesetzgebers zur schulischen sozialwissenschaftlichen

Bildung präsentieren. Wir können erstmals empirisch belegen, welche Schulfachpolitik das zuständige Ministerium – zuletzt als Ministerium für Schule und Weiterbildung und jetzt als Ministerium für Schule und Bildung firmierend – in der sozialwissenschaftlichen Domäne formell realisiert hat.

Erstmals können wir auch mit Hilfe der Indikatoren die Relevanz, die die Regierung der politischen und im weiteren Sinne sozialwissenschaftlichen Bildung und ihren Themenbereichen *tatsächlich* zuschreibt, quantifizieren und in Relation zu anderen Schulfächern setzen.

4 Die Forschungsergebnisse

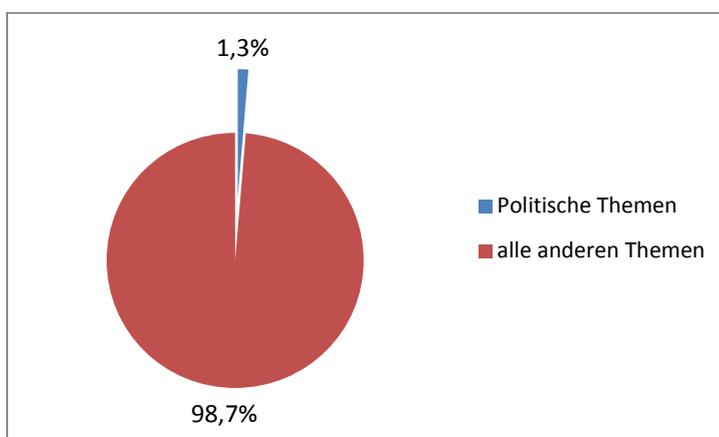
Im Folgenden präsentieren wir die Ergebnisse der empirischen Überprüfung unserer Hypothesen anhand der Daten in den Stundentafeln und Kernlehrplänen.

Politik im Bildungsgang (Hypothese 1)

Der Themenbereich Politik findet in den Bildungsgängen der Sekundarstufe I an den Schulen in NRW generell eine große Anerkennung. (H1)

Die Ergebnisse der empirischen Analyse widerlegen die Hypothese 1 für die Sekundarstufe I (Gesamtschule, Gymnasium, Realschule). Tatsächlich genießt der Themenbereich Politik in NRW-Schulen generell keine große Anerkennung (vgl. Abb. 1 und Tab. 1). Das Gegenteil ist der Fall: politische Themen haben im planmäßigen Unterricht eine marginale Bedeutung. Das bedeutet auch, dass sich die Schülerinnen und Schüler sehr selten und sehr kurz mit der Demokratie, ihren Grundlagen und Voraussetzungen, Chancen und Problemen beschäftigen. Wenig mehr als ein Prozent ihrer gesamten Lernzeit können Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I politischen Themen widmen.

Abb. 1: Der Stellenwert der Politik im Gesamtunterricht der Sekundarstufe I in NRW



Eigene Berechnung mit Daten aus: APO SI NRW 2017, § 3, Anlage 2-4 & § 4; MSW 2007, S. 15-33; MSW 2011a, S. 12-30; MSW 2011b, S. 106-128.

Für das Schulfach Politik bzw. Politik/Wirtschaft liegt der Stundentafelanteil mit 3,2 % an der Gesamtschule und 3,7 % an Realschule und Gymnasium höher. Dieser Unterschied zwischen dem Gewicht des Themenbereichs Politik und dem Gewicht des dafür zuständigen Faches erklärt sich daraus, dass das Fach nicht nur im engeren Sinne politische, sondern auch wirtschaftliche und gesellschaftliche Themen behandelt.

Tab. 1: Die Bedeutung des Themenbereichs Politik und seines Schulfachs in den Schulformen der Sek I

	Realschule (Jg. 5-10)	Gesamtschule (Jg. 5-10)	Gymnasium (Jg. 5-9)
Durchschnittlicher Stundentafelanteil eines Faches (alle Fächer, $Q_{S\bar{x}}$)	6,3	5,9	5,9
Stundentafelanteil für das Fach Politik bzw. Politik/Wirtschaft (Themenbereiche Politik, Wirtschaft, Gesellschaft; Q_{SPFach})	3,7	3,2	3,7
Stundentafelanteil für den Themenbereich Politik (Q_{SP})	1,5	1,3	1,2

Eigene Berechnungen nach APO SI NRW 2017, § 3, Anlage 2-4 & § 4; MSW 2007, S. 15-33; MSW 2011a, S. 12-30; MSW 2011b, S. 106-128.

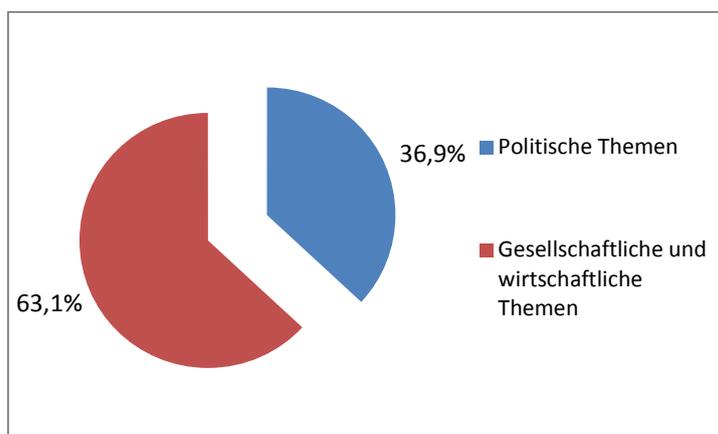
Der Grund für die sehr schwache Stellung politischer Themen in den Schulen liegt darin, dass die Stundentafeln dem Fach Politik bzw. Politik/Wirtschaft und die Kernlehrpläne dem Themenbereich Politik vergleichsweise wenig Raum geben. Am schwächsten ist der Themenbereich Politik am Gymnasium vertreten.

Diese markante Randstellung politischer Themen in den Schulen ist ein bemerkenswerter bildungspolitischer Befund. Er wirkt besonders irritierend, wenn man berücksichtigt, dass Herausforderungen wie Demokratiedistanz, Autoritarismus und Politikverdrossenheit seit Jahrzehnten wissenschaftlich diskutiert werden (vgl. z. B. Lederer/Schmidt 1995; Hoffmann-Lange 2001; Pickel 2002; Patzelt 2009; Massing 2011). Er überrascht, wenn man sich daran erinnert, dass auch die Öffentlichkeit und prominente Politikerinnen und Politiker sich seit Langem mit diesen Phänomenen auseinandersetzen (z. B. von Weizsäcker 1992, S. 135-182; Hamm-Brücher 1992; Rau 2000).

Politik im Schulfach (Hypothese 2)

Innerhalb des sozialwissenschaftlichen Lernbereichs an den Schulen in NRW hat der Themenbereich Politik generell eine starke Stellung. (H2)

Wie verteilen sich die Inhaltsfelder der Kernlehrpläne auf die drei Themenbereiche Politik, Gesellschaft und Wirtschaft? Machen wir uns zunächst ein Bild für die gesamte Sekundarstufe I im Durchschnitt der drei ausgewählten Schulformen Realschule, Gesamtschule und Gymnasium. Die empirischen Daten widerlegen die Hypothese 2 klar. Im Durchschnitt der Fächer „Politik“ bzw. „Politik/Wirtschaft“ der nordrhein-westfälischen Sekundarstufe I liegt der Anteil politischer Themen etwas über einem Drittel der Unterrichtszeit (Unterrichtszeitquote QUP) und damit weit unter dem Schwellenwert für die Hypothesenbestätigung von $QUP \geq 50\%$ (vgl. Abb. 2).

Abb. 2: Der Stellenwert des Themenbereichs Politik in den Schulfächern „Politik“ und „Politik/Wirtschaft“

Eigene Berechnung mit Daten aus: APO SI NRW 2017, § 3 & § 4, Anlage 2-4; MSW 2007, S. 15-33; MSW 2011a, S. 12-30; MSW 2011b, S. 106-128.

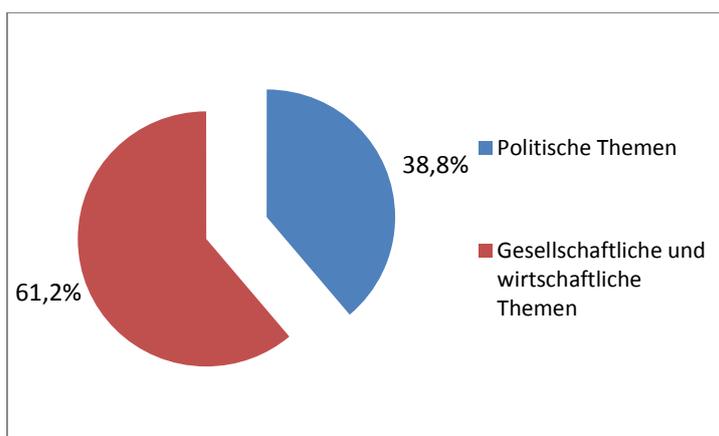
In diesen Durchschnittswert sind die Einzeldaten für drei Schulformen mit den Fächern „Politik“ (Gesamtschule, Realschule) und „Politik/Wirtschaft“ (Gymnasium) eingegangen. Aber anders als bei den Stundentafelquoten, die

sich auf das ganze Fächerspektrum beziehen, variieren die Quoten für die drei Themenbereiche Politik, Gesellschaft, Wirtschaft innerhalb des einschlägigen Schulfaches Politik bzw. Politik/Wirtschaft stärker nach den drei Schulformen Realschule, Gesamtschule und Gymnasium. Welche Befunde ergeben sich also für die einzelnen Schulformen?

Realschule

Die Hypothese 2 ist auch für die Realschule widerlegt. Der Schwellenwert des Indikators von $Q_{UP} \geq 50\%$ wird mit einem Anteil von 38,9 % für die politischen Themenbereiche im Fach Politik sehr deutlich unterschritten.

Abb. 3: Unterrichtszeitquoten für die Themenbereiche Politik sowie Gesellschaft und Wirtschaft an Realschulen



Eigene Berechnung mit Daten aus: APO SI NRW 2017, § 3, Anlage 2 & § 4; MSW 2011a, S. 12-30.

Der empirische Befund für die Realschule zeigt einen über die gesamte Schulzeit hinweg deutlich sinkenden Anteil politischer Themenbereiche (vgl. Tab. 2). Der Politikanteil geht von der Hälfte auf gut ein Drittel zurück. Der Anteil des wirtschaftlichen Bereichs steigt deutlich von einem Viertel auf gut drei Fünftel. Dagegen wird der Themenbereich Gesellschaft im Laufe der Schulzeit von einem Viertel der Lernzeit auf ein gutes Fünftel reduziert.

Dieser zeitliche Verlauf der Behandlung politischer Themen ist insofern ein bemerkenswerter Befund, als die Jugendlichen in Klasse 10 oder kurz danach 16 Jahre alt werden und damit in NRW das Kommunalwahlrecht haben (genauere Daten zur Altersstruktur der Klassen sind nicht verfügbar, siehe MSW 2017a).

Tab. 2: Die Themenbereiche Politik, Gesellschaft und Wirtschaft im Fach „Politik“ an der Realschule

	Jahrgangsstufen	Jahrgangsstufen	Jahrgangsstufen
	5-6	7-10	5-10
Themenbereich Politik (Unterrichtsstundenanteil, Q_{UP} , %)	50,0	34,4	38,9
Themenbereich Gesellschaft (Unterrichtsstundenanteil, Q_{UG} , %)	25,0	21,9	22,7
Themenbereich Wirtschaft (Unterrichtsstundenanteil, Q_{UW} , %)	25,0	43,7	38,4
zusammen	100,0	100,0	100,0

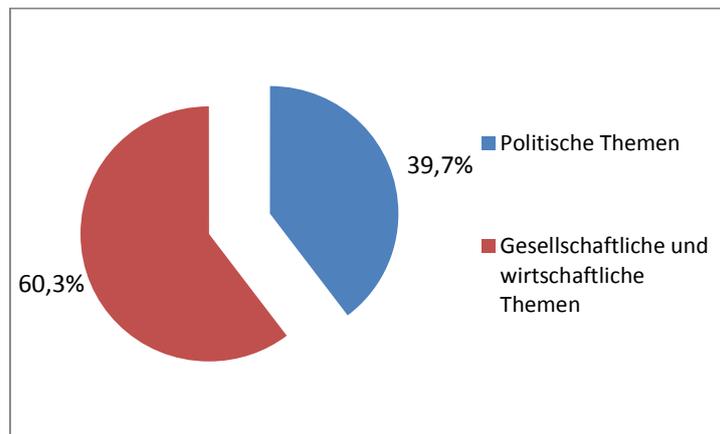
Eigene Berechnung mit Daten aus: APO SI NRW 2017, § 3, Anlage 2 & § 4; MSW 2011a, S. 12-30.

Gesamtschule

Auch für die Gesamtschule ist die Hypothese H2 durch die empirischen Befunde widerlegt. Mit einem Anteil von 39,7 % bleiben die politischen Themenbereiche im Fach Politik hinter dem Schwellenwert $Q_{UP} \geq 50\%$ sehr deutlich zurück (Abb. 4).

Betrachtet man den zeitlichen Verlauf, weicht der Befund für die Gesamtschule zum einen deutlich von dem für die Realschule ab. Der Politikanteil ist anfangs deutlich niedriger, steigt in den Jahrgangsstufen 7-10 etwas an, erreicht aber nicht das Gewicht an Realschulen. Politische Themen im Fach Politik für Gesamtschulen bleiben aber immer unter 50 % – ein besonders bemerkenswerter Befund für ein Schulfach, das „Politik“ heißt (vgl. Tab. 3). Anders als an der Realschule haben gesellschaftliche Themen mit rund zwei Fünfteln zunächst einen vergleichsweise hohen Stellenwert, den sie aber in den höheren Jahrgangsstufen sehr stark verlieren. Wie an der Realschule expandiert dagegen der wirtschaftliche Anteil deutlich von einem Viertel auf gut drei Fünftel.

Abb. 4: Die Themenbereiche Politik sowie Gesellschaft und Wirtschaft an der Gesamtschule (Sekundarstufe I)



Eigene Berechnungen mit Daten aus: APO SI NRW 2017, § 3, Anlage 4 & § 4; MSW 2011b, S. 106-128.

Tab. 3: Die Themenbereiche Politik, Gesellschaft und Wirtschaft im Fach „Politik“ an der Gesamtschule

	Jahrgangsstufen		
	5-6	7-10	5-10
Themenbereich Politik (Unterrichtsstundenanteil, Q_{UP} , %)	33,3	42,8	39,7
Themenbereich Gesellschaft (Unterrichtsstundenanteil, Q_{UG} , %)	41,7	14,3	23,4
Themenbereich Wirtschaft (Unterrichtsstundenanteil, Q_{UW} , %)	25,0	42,9	36,9
zusammen	100,0	100,0	100,0

Eigene Berechnungen mit Daten aus: APO SI NRW 2017, § 3, Anlage 4 & § 4; MSW 2011b, S. 106-128.

Gymnasium

Schließlich zeigt sich auch für das Gymnasium, dass die Hypothese H2 durch die empirischen Befunde klar widerlegt ist (vgl. Tab. 4, Abb. 5). Mit einem Anteil von 31,9 % bleiben die politischen Themenbereiche im Fach Politik überaus deutlich hinter dem Schwellenwert $Q_{UP} \geq 50$ % des Indikators zurück. An den Gymnasien in NRW spielen politische Themen im Schulformvergleich die mit Abstand unbedeutendste Rolle.

Tab. 4: Die Themenbereiche Politik, Gesellschaft und Wirtschaft im Fach „Politik/Wirtschaft“ am Gymnasium

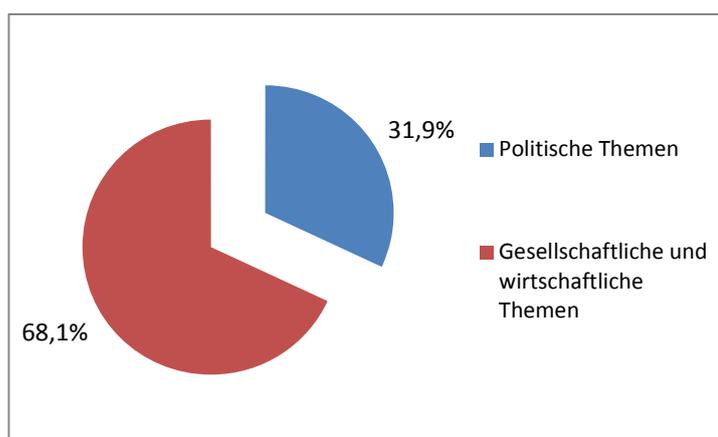
	Jahrgangsstufen	Jahrgangsstufen	Jahrgangsstufen
	5-6	7-9	5-9
Themenbereich Politik (Unterrichtsstundenanteil, Q_{UP} , %)	20,8	37,5	31,9
Themenbereich Gesellschaft (Unterrichtsstundenanteil, Q_{UG} , %)	37,5	21,9	27,1
Themenbereich Wirtschaft (Unterrichtsstundenanteil, Q_{UW} , %)	41,7	40,6	41,0
zusammen	100,0	100,0	100,0

Eigene Berechnungen mit Daten aus: APO SI NRW 2017, § 3, Anlage 3 & § 4; MSW 2007, S. 15-33.

Im Zeitablauf nimmt das Gewicht politischer Themen in den höheren Jahrgangsstufen der Mittelstufe deutlich zu, während die gesellschaftlichen Themenbereiche gleichzeitig deutlich seltener werden. Dagegen bleibt der Themenbereich Wirtschaft über die gesamte Schulzeit hinweg in etwa gleich stark. In den unteren Jahrgangsstufen erhalten wirtschaftliche Themen doppelt so viel Gewicht wie politische, in den mittleren doppelt so viel wie gesellschaftliche Themen.

Mit Blick auf die tatsächliche thematische Gewichtung in den curricularen Vorgaben müsste das Fach „Politik/Wirtschaft“ in „Wirtschaft/Politik“ umbenannt werden – jedenfalls dann, wenn Schulfachnamen sachgerecht informieren sollen.

Abb. 5: Die Themenbereiche Politik sowie Gesellschaft und Wirtschaft am Gymnasium



Eigene Berechnungen mit Daten aus: APO SI NRW 2017, § 3, Anlage 3 & § 4; MSW 2007, S. 15-33.

Fassen wir die Befunde für die Hypothese 2 kurz zusammen. Erstens sind politische Themen keineswegs die Themen, die in den Fächern Politik bzw. Politik/Wirtschaft den größten Raum einnehmen. Unsere Hypothese, die eine starke Stellung für Politik annimmt, ist für alle drei Schulformen der Sekundarstufe I klar widerlegt.

Zweitens entspricht die reale Verteilung der Themenbereiche Politik, Gesellschaft und Wirtschaft weder an der Realschule, noch an der Gesamtschule oder am Gymnasium den Namen der Schulfächer. Die Fachbezeichnung „Politik“ suggeriert zwar eine klare Dominanz politischer Themen und der Name „Politik/Wirtschaft“ kommuniziert eine zumindest gleichrangige Behandlung von Politik und Wirtschaft. Die empirischen Befunde belegen aber das Gegenteil: tatsächlich bleibt Politik curricular nachrangig.

Politik im Vergleich zu Wirtschaft (Hypothese 3)

In den sozialwissenschaftlichen Fächern an den Schulen dominiert der Themenbereich Politik im Vergleich zum Themenbereich Wirtschaft deutlich. (H3)

Vergleicht man die Daten für die drei Schulformen, muss man auch die Hypothese 3 als für alle Schulformen widerlegt betrachten (vgl. Tab. 5). An Realschule und Gesamtschule ist der Unterrichtsanteil für den Themenbereich Politik deutlich vom als Indikator bestimmten Schwellenwert $QUP \geq 42\%$ entfernt, am Gymnasium sogar sehr

deutlich. Am Gymnasium ist der wirtschaftliche Themenbereich um ein gutes Viertel stärker als der politische. An der Realschule liegen beide Bereiche etwa gleichauf, an der Gesamtschule liegt Politik leicht vorn.

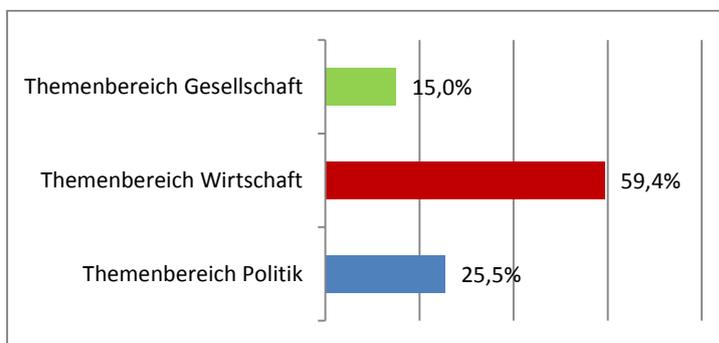
Tab. 5: Die Themenbereiche Politik und Wirtschaft in den Fächern „Politik“ und „Politik/Wirtschaft“ im Schulformvergleich

Schulfach	Politik	Politik	Politik/Wirtschaft
Schulform	Realschule	Gesamtschule	Gymnasium
Jahrgangsstufe	5-10	5-10	5-9
Themenbereich Politik (Unterrichtsstundenanteil, Q_{UP} , %)	38,9	39,7	31,9
Themenbereich Wirtschaft (Unterrichtsstundenanteil, Q_{UW} , %)	38,4	36,9	41,0
Zusammen (%)	77,3	76,6	72,9

Eigene Berechnung mit Daten aus: APO SI NRW 2017, § 3, Anlage 2-4 & § 4; MSW 2007, S. 15-33; MSW 2011a, S. 12-30; MSW 2011b, S. 106-128.

Um ein realitätsgerechtes Bild für die Gesamtschule zu erhalten, muss man auch den obligatorischen Lernbereich Arbeitslehre mit den drei Pflichtfächern Wirtschaft, Hauswirtschaft und Technik berücksichtigen. Diese sind gleichgewichtig zu berücksichtigen (APO SI NRW 2017, Anlage 4). Dann erhält man curriculare Anteile für die Themenbereiche Wirtschaft bzw. Politik von 59,4 % bzw. 25,5 % der Unterrichtsstunden. Der Restanteil von 15,1 % entfällt auf den gesellschaftlichen Themenbereich. Damit erweist sich das inhaltliche Profil der Gesamtschule als stark wirtschaftsbetont (vgl. Abb. 6).

Abb. 6: Inhaltliche Schwerpunkte der Fächer Politik und Wirtschaft an der Gesamtschule



Eigene Berechnung mit Daten aus: APO SI NRW 2017, § 3, Anlage 4 & § 4; MSW 2011b, S. 106-128; MSW 2013b, S.68-79.

Im Pflichtbereich der Realschule stehen Politik und Wirtschaft gleichberechtigt auf dem Stundenplan; sie wird von 23,5 % aller Lernenden der Sekundarstufe I besucht (MSW 2017a, S. 23). Im Gymnasium dagegen dominiert Wirtschaft deutlich. Damit erweisen sich die Gesamtschule und das Gymnasium im sozialwissenschaftlichen Lernbereich als besonders wirtschaftsaffine Schulformen; sie erreichen 56,5 % aller Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I.

Würde man die Fragestellung erweitern und neben den Pflichtfächern auch die *Wahlpflichtfächer* berücksichtigen, ergäben sich Relativierungen der für die Pflichtfächer ermittelten Verteilungsstrukturen. Für die Gesamtschule müsste man dann in Rechnung stellen, dass der Lernbereich Arbeitslehre zusätzlich auch im Rahmen des Wahlpflichtunterrichts im Umfang von 12-15 Wochenstunden angeboten wird. Die Lernenden können im Wahlpflichtbereich jedoch keinen Schwerpunkt auf Politik oder Gesellschaft setzen.

Etwas anders stellt sich das für die Realschule dar. Hier wären die von der rot-grünen Landesregierung eingeführten neuen Wahlpflichtfächer Politik/Ökonomische Grundbildung und Sozialwissenschaften zu berücksichtigen. Für deren Kernlehrpläne hat Anfang 2017 ein Verbändeanhörungsverfahren stattgefunden. Derzeit sind weder die Anhörungsfassungen noch die Endversionen dieser beiden Kernlehrpläne auf dem ministeriellen Lehrplannavigator verfügbar (Stand 19.10.2017).

Gesellschaft im Vergleich zu Wirtschaft (Hypothese 4)

Der Themenbereich Gesellschaft hat in den sozialwissenschaftlichen Fächern ein größeres Gewicht als der Themenbereich Wirtschaft. (H4)

Für die Hypothese 4 bieten die Daten für die drei Schulformen ein ähnliches Bild (vgl. Tab. 6). Auf gesellschaftliche Themenbereiche entfällt weniger als ein Viertel der Unterrichtszeit im Fach „Politik“, im gymnasialen Fach „Politik/Wirtschaft“ etwas mehr. In allen drei Schulformen dominieren wirtschaftliche Themen sehr deutlich gegenüber gesellschaftlichen. Der als Indikator für „größeres Gewicht“ von gesellschaftlichen Themen gewählte Schwellenwert von $QUG \geq 36\%$ wird in den drei Schulformen weit verfehlt. Die Hypothese 4 ist damit widerlegt. An keiner Schulform gibt es auch nur annähernd ein Gleichgewicht von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Themenbereichen. Wirtschaft dominiert immer und sehr eindeutig.

Tab. 6: Die Themenbereiche Gesellschaft und Wirtschaft in den Fächern „Politik“ und „Politik/Wirtschaft“ im Schulformvergleich

Schulfach	Politik	Politik	Politik/Wirtschaft
Schulform	Realschule	Gesamtschule	Gymnasium
Jahrgangsstufe	5-10	5-10	5-9
Themenbereich Gesellschaft (Unterrichtsstundenanteil, Q_{UP} , %)	22,7	23,4	27,1
Themenbereich Wirtschaft (Unterrichtsstundenanteil, Q_{UW} , %)	38,4	36,9	41,0
Zusammen (%)	61,1	60,3	68,1

Eigene Berechnung mit Daten aus: APO SI NRW 2017, § 3, Anlage 2-4 & § 4; MSW 2007, S. 15-33; MSW 2011a, S. 12-30; MSW 2011b, S. 106-128.

Fassen wir die Ergebnisse der empirischen Prüfung unserer vier Hypothesen kurz zusammen. Alle vier Hypothesen treffen nicht zu:

- In den Bildungsgängen der Sekundarstufe I ist der Themenbereich Politik sehr schwach vertreten und offensichtlich wenig anerkannt (H1).
- Auch innerhalb der sozialwissenschaftlichen Fächer „Politik“ und „Politik/Wirtschaft“ haben politische Themen keine starke Stellung (H2).
- Von einer Vorrangstellung des politischen Themenbereichs gegenüber dem wirtschaftlichen kann keine Rede sein (H3).
- Im Fach „Politik/Wirtschaft“ steht deutlich mehr Wirtschaft auf dem Stundenplan als Politik.
- Schließlich genießen gesellschaftliche Themen viel weniger Aufmerksamkeit als wirtschaftliche (H4).

Die mangelnde Anerkennung der Fächer „Politik“ und „Politik/Wirtschaft“ kommt auch darin zum Ausdruck, dass sie in einem hohen Ausmaß fachfremd unterrichtet werden, d. h. von Lehrkräften, die nicht dafür ausgebildet wurden. Es gibt in der Sekundarstufe I in NRW kein anderes Schulfach, das auch nur annähernd so häufig fachfremd erteilt wird. Im Schuljahr 2016/17 war an Realschulen 62,7 %, an Gesamtschulen 64,7 % und an Gymnasien 27,2 % des Unterrichts in diesen beiden Fächern fachfremd (MSW 2017a, S. 128-130). Gegenüber den Schuljahren 2014/15 und 2015/16 hat sich die Lage an Realschulen und Gesamtschulen noch einmal deutlich verschlechtert; an Gymnasien nahm der fachfremde Unterricht leicht zu (MSW 2016, S. 114-116; MSW 2015, S. 106-108).

Angesichts dieser empirischen Befunde erscheint ein Gesamturteil angemessen, das eine systematische Missachtung der politischen Bildung in der nordrhein-westfälischen Sekundarstufe I durch die Bildungspolitik konstatiert.

Reale Lernzeit für politische Themen

Besonders deutlich wird die marginale Bedeutung der Auseinandersetzung mit politischen Themen und des demokratischen Diskurses im politischen Unterricht der nordrhein-westfälischen Schulen, wenn man die oben ermittelten Prozentwerte in Minuten umrechnet. Dann sieht man, wie viel Lernzeit dafür pro Schulwoche curricular im Durchschnitt angesetzt wird.

Für den Themenbereich Politik stehen in der Sekundarstufe in NRW je nach Schulform durchschnittlich 17 bis 20 Minuten Unterrichtszeit pro Schulwoche zur Verfügung (vgl. Tab. 7). An der Realschule sind es etwa 20 Minuten, an der

Gesamtschule rund 18 Minuten und am Gymnasium 17 Minuten. Dabei handelt es sich allerdings um Bruttowerte: ein Teil des Unterrichts fällt aus, in den Politikstunden werden nicht immer politische Themen behandelt, nicht selten werden sie für die Regelung von Klassenangelegenheiten genutzt.

Was bedeuten diese Zeitwerte? Nehmen wir an, dass Schülerinnen und Schüler etwa die Hälfte der Unterrichtszeit zu politischen Themen dafür brauchen, sich erst einmal eine Informationsgrundlage zu erarbeiten, sei es in Einzelarbeit, in Gruppenarbeit oder im Frontalunterricht. Dann können sie in der verbleibenden Hälfte miteinander über das jeweilige Thema sprechen, ihre Position vorbringen, einander zuhören, untereinander diskutieren. In dieser Zeit erwerben und trainieren sie eine besonders wichtige Kompetenz von Demokratinnen und Demokraten: die argumentative und faire Auseinandersetzung mit anderen, teils fremden politischen Positionen und mit den Personen, die sie vertreten. In einer durch Pluralismus und Diversität charakterisierten Gesellschaft ist das von zentraler Bedeutung.

Tab. 7: Wöchentliche Lernzeiten und Redezeit pro Schüler im Politikunterricht

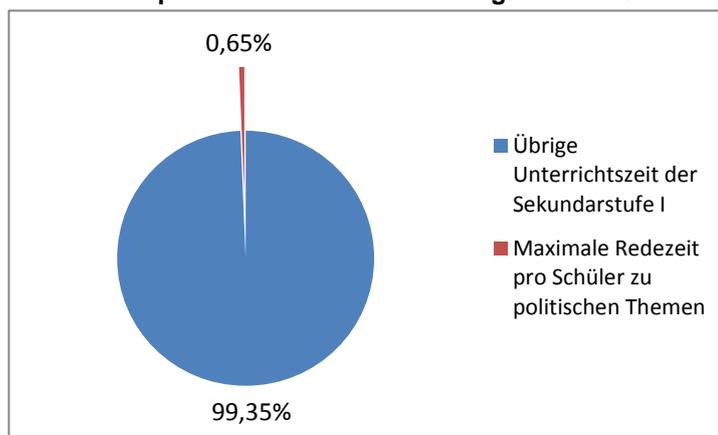
	Realschule	Gesamtschule	Gymnasium	Durchschnitt
Gesamtlernzeit für den Themenbereich (rechnerisch pro Schulwoche)	20 min 23 s	17 min 51 s	17 min 15 s	18 min 30 s
Schülerinnen und Schüler pro Klasse (Landesdurchschnitt)	27,1	27,5	26,7	27,1
Informationsphase im Unterricht (durchschnittlich ca. 50 %)	ca. 10 min	ca. 9 min	ca. 8 ½ min	ca. 9 ¼ min
verfügbare politische Redezeit pro Schüler und Schulwoche	ca. 23 s	ca. 19 s	ca. 19 s	ca. 20 s

Daten zur Klassengröße aus: MSW 2017a, S. 32 (für das Schuljahr 2016/17). Verfügbare Sprechzeit errechnet als Restzeit nach Informationsphase dividiert durch Schülerzahl pro Klasse.

Dass tatsächlich so viel Zeit für diese Demokratiekompetenz des Miteinandersprechens bleibt, ist mit Blick auf die Alltagsrealität von Unterricht auch in den sozialwissenschaftlichen Fächern eine eher optimistische Annahme. Darauf weisen u. a. Erhebungen hin, nach denen Frontalunterricht und Einzelarbeit dort etwa die Hälfte der Unterrichtszeit ausmachen (Götz/Lohrmann/Ganser/Haag 2005, S. 351f.). Überdurchschnittlich häufig ist der Frontalunterricht offensichtlich an Realschulen und Gymnasien (ebd., S. 350).

Folgt man unseren Annahmen, dann bleiben für demokratisches Kommunizieren im Klassenzimmer über politische Fragen und Themen pro Schulwoche maximal 10 Minuten (Realschule), 9 Minuten (Gesamtschule) oder 8 ½ Minuten (Gymnasium).

Abb. 7: Individuelle Redezeit zu politischen Themen in der gesamten Schulzeit der Sekundarstufe I



Eigene Berechnung mit Daten aus: APO SI NRW 2017, § 3, Anlage 2-4 & § 4; MSW 2007, S. 15-33; MSW 2011a, S. 12-30; MSW 2011b, S. 106-128; MSW 2017a, S. 32.

Geht man nun von der eigentlich selbstverständlichen Annahme aus, dass alle jungen Bürgerinnen und Bürger sich in dieses demokratische Gespräch über Politik im Klassenzimmer gleichberechtigt einbringen können sollen, kann man eine durchschnittliche rechnerische Redezeit pro Lernendem ermitteln (vgl. Tab. 7). Im besten Fall könnte dann

jede Schülerin und jeder Schüler einmal pro Woche für rund 20 Sekunden im Unterricht das politische Wort ergreifen (Realschule) und sich politisch-inhaltlich in eine demokratische Debatte einbringen. Hochgerechnet auf ein ganzes Schuljahr hat jeder dafür bestenfalls rund 13 Minuten Zeit.

In den sechs Jahren der Sekundarstufe I summiert sich das Zeitfenster für eigene politische Beiträge im Unterricht rechnerisch auf insgesamt etwa 75 Minuten pro Person. Stellt man das in Relation zur gesamten Schulzeit, dann beträgt die maximale potentielle persönliche politische Redezeit, die eine Schülerin oder ein Schüler in ihrem Schulleben der Unter- und Mittelstufe rechnerisch hat, im besten Fall weniger als ein Prozent der gesamten Unterrichtszeit, die sie oder er in der Sekundarstufe I verbracht hat (vgl. Abb. 7). Für die meisten liegt die faktisch verfügbare Zeit für demokratisches Sprechen zu politischen Themen allerdings weit unter diesem Wert, weil sie kaum oder keine Gelegenheit bekommen, das Wort zu ergreifen.

5 Fachbezeichnung und Fachinhalte

Das Fach Politik bzw. Politik/Wirtschaft besteht laut den curricularen Vorgaben in Nordrhein-Westfalen aus den drei Themenbereichen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft. Sie werden auch als die drei Subdomänen der sozialwissenschaftlichen Domäne der schulischen Bildung bezeichnet.

Die Studie hat überraschenderweise ergeben, dass die Kernlehrpläne der Fächer Politik bzw. Politik/Wirtschaft für den politischen Themenbereich am Gymnasium weniger als ein Drittel sowie an Realschule und Gesamtschule weniger als zwei Fünftel der durchschnittlichen Unterrichtszeit vorsehen. In den allgemeinbildenden Schulen in Nordrhein-Westfalen entfällt auf die curricular vorgegebenen politischen Themenschwerpunkte planmäßig weniger Lernzeit als auf die wirtschaftlichen Themenschwerpunkte.

Somit führen die Fächernamen Politik und Politik/Wirtschaft die Öffentlichkeit, die Bildungspolitik sowie die Eltern und die Lernenden in die Irre. Die Fächerbezeichnungen widersprechen der tatsächlichen Inhaltsstruktur der beiden Fächer, so wie sie die Curricula verbindlich vorgeben. Diese Täuschung trifft die Öffentlichkeit und die Politik, nicht aber die Lehrkräfte. Aus der professionellen Sicht der Lehrkräfte und aus wissenschaftlicher Perspektive wird politische Bildung seit Jahrzehnten überwiegend als (mindestens) Politik, Gesellschaft und Wirtschaft umfassend verstanden. Auch werden die Lehrkräfte für diese drei Themenbereiche ausgebildet.

Man muss feststellen, dass es die Landesregierungen aus Koalitionen von CDU und FDP sowie SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der Vergangenheit versäumt haben, für mehr Klarheit und Transparenz in der Fächerbezeichnung in der sozialwissenschaftlichen Domäne zu sorgen. Das könnte jederzeit leicht nachgeholt werden, indem die Landesregierung die Fächer auf der Grundlage der geltenden Kernlehrpläne einheitlich als Wirtschaft/Politik/Gesellschaft oder als Wirtschaft/Politik benennt. Dies würde die geltenden inhaltlichen Vorgaben für die Schulen und die Fächernamen endlich in Übereinstimmung und die bildungspolitische Programmatik der gegenwärtigen und der vergangenen Landesregierungen angemessen zum Ausdruck bringen.

Unabhängig davon wäre es wohl aus Sicht der Lernenden und der Bildungs- und Fachdidaktikforschung von Bedeutung, ein ausgewogeneres Verhältnis der drei Themenbereiche Gesellschaft, Politik und Wirtschaft in der schulischen Bildung der Sekundarstufe I herzustellen. Das müsste sich dann vermutlich auch in einer angemessenen Fachbezeichnung wie beispielsweise Gesellschaft-Politik-Wirtschaft oder Sozialwissenschaften niederschlagen. Aber Fragen der inhaltlichen Gestaltung der sozialwissenschaftlichen Bildung gehören nicht zu unserem Forschungsprojekt.

6 Ausblick

In der Bildungspolitik wird viel gesprochen und versprochen. Will man wissen, was wirklich der Fall ist, muss man die verbindlichen Rahmenbedingungen und tatsächlichen Ressourcen prüfen. Ein hartes Prüfkriterium sind die Stundentafeln, die Fächer festlegen und eine bestimmte Lernzeit zuweisen. Dort kann man erkennen, welche Schwerpunkte dem schulischen Normalbetrieb von der Politik fest vorgegeben werden.

Auch den Wert, den die Bildungspolitik einem Schulfach und der Auseinandersetzung mit Politik, Gesellschaft und Wirtschaft in der Schule tatsächlich zumisst, kann man an der Anzahl der Wochenstunden ablesen, die sie dafür zur Verfügung stellt. Was bildungspolitisch zählt, kommt in den Zahlen der Stundentafel am klarsten zum Ausdruck. Die Wochenstunden bestimmen, wie viele Unterrichtsstunden pro Schulwoche ein Fach unterrichtet werden muss oder kann. Je höher der Anteil eines Faches an der Lernzeit, desto höher ist sein Rangplatz unter den Fächern.

Je größer der Umfang eines Schulfachs in der Stundentafel, desto höher ist aber nicht nur sein offizieller Bildungswert. Stundentafelanteile sind auch die harte Währung des Bildungssystems. Von ihnen hängt eine Vielzahl von Finanzströmen ab: Lehrerstellen für entsprechende Fächerkombinationen an Schulen, Studienplätze, Professuren und Mitarbeiter an den Hochschulen, Leitungsstellen in der zweiten und dritten Phase der Lehrerbildung usw.

Die empirische Analyse hat gezeigt, dass in der Sekundarstufe I in NRW Politik und politische Themen einen vergleichsweise geringen Kurswert haben. Wie man das bewertet und ob man das angesichts der anhaltenden Herausforderungen für die politische Bildung so fortführen will, das ist vor allem bildungspolitisch und demokratiepolitisch zu diskutieren.

Gegenwärtig jedenfalls senden die geltenden Stundentafeln und Kernlehrpläne ein klares Signal an Lernende, Lehrkräfte und Öffentlichkeit: Politik und Demokratie sind für die Schule eine eher nachrangige Angelegenheit, ihre Stellung im Stundenplan und im Unterricht ist schwach. Wie daraus eine Stärkung demokratischen Denkens und Handelns von Jugendlichen hervorgehen soll, bleibt ein Geheimnis der Bildungspolitik.

Anhang: Zur Datenbasis

Das Abgrenzungsprinzip für unsere Erhebung lautet, alles Obligatorische zu erfassen und – jedenfalls in dieser Forschungsphase – alles Fakultative und Freiwillige unberücksichtigt zu lassen. Angesichts des erheblichen Erhebungsaufwands konzentrieren wir uns in unserem Forschungsprojekt auf das, was die Schulen, Lehrenden und Lernenden in den sozialwissenschaftlichen Fächern machen müssen. Danach fallen z. B. Wahlpflichtfächer aus unserem Datensatz heraus.

Was die einzelnen Schulen über das ministeriell vorgegebene Pflichtpensum hinaus an Aktivitäten sozialwissenschaftlicher Bildung entfalten, können wir in unserer quantifizierenden Vollerhebung für NRW nicht berücksichtigen. Dies würde eine eigene Befragung der Schulen oder eine Auswertung lokaler und regionaler Aufzeichnungen, die etwa von Seiten der Schulaufsicht angefertigt werden, verlangen.

Derartige Forschungsprojekte braucht man unbedingt, um ein verlässliches Bild der vielen und vielfältigen außerunterrichtlichen Aktivitäten und ihrer Schwerpunktsetzung in den Themenbereichen Politik, Wirtschaft und/oder Gesellschaft zeichnen zu können. Dazu gehört dann etwa eine Analyse, wie sich die außerschulischen Kooperationspartner dieser Aktivitäten auf diese drei Bereiche verteilen. So legt etwa die Rahmenvorgabe für die politische Bildung fest, dass politische Bildung ein fester Bestandteil der Schulkultur ist (MSW 2001, S. 8). Was die einzelne Schule daraus macht, bleibt allein ihr überlassen.

Die Verordnung über die Ausbildung und die Abschlussprüfungen in der Sekundarstufe I legt u.a. die schulformspezifischen Regelungen und die jeweiligen Stundentafeln der Schulformen (APO SI NRW 2017, § 3) fest. Während die Stundentafeln nur formale Angaben zu den Wochen(unterrichts)stunden geben, legen die einzelnen Kernlehrpläne die fachinhaltlichen Vorgaben fest. Politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Themen finden sich in den Kernlehrplänen auch in Fächern wie Deutsch, Geschichte oder Mathematik wieder. Die Studie bezieht sich für die Sekundarstufe I (Realschule, Gesamtschule und Gymnasium) auf die Kernlehrpläne der Pflichtfächer „Politik“ (Realschule), „Erdkunde, Geschichte, Politik“ (Gesamtschule), „Politik/Wirtschaft“ (Gymnasium) und „Hauswirtschaft, Technik, Wirtschaft“ (Gesamtschule) aus den sozialwissenschaftlichen Lernbereichen Gesellschafts- und Arbeitslehre (MSW 2007; MSW 2011a; MSW 2011b; MSW 2013b).

Damit sind die für die sozialwissenschaftliche Bildung der Sekundarstufe I einschlägigen Unterrichtsfächer der Obligatorik erfasst. Nicht berücksichtigt werden das Wahlpflichtfach Sozialwissenschaften der Realschule sowie die Pflichtfächer Erdkunde und Geschichte, die jedoch auch zur sozialwissenschaftlichen Bildung beitragen (sollen); das definieren explizit die beiden Rahmenvorgaben Politische Bildung und Ökonomische Bildung (MSW 2004, S. 2, 7, 14; MSW 2001, S. 6, 9).

Das Fach Politik an Haupt-, Real- und Gesamtschulen und das Fach Politik/Wirtschaft an Gymnasien ist laut APO SI NRW gemeinsam mit den Fächern Geschichte und Erdkunde dem Lernbereich Gesellschaftslehre zugeordnet. Innerhalb der Lernbereiche sollen die Einzelfächer jedoch gleichgewichtig berücksichtigt werden (APO SI NRW 2017, § 4 Abs. 3 & § 3, Anlage 1-4). Deshalb wurde im Rahmen dieser Studie auch nur die tatsächlich für das Fach (bzw. den Themenbereich) Politik, Politik/Wirtschaft und Wirtschaft veranschlagte Unterrichtszeit mit eingerechnet. D.h. wenn dem Lernbereich Gesellschaftslehre in den Jahrgängen 5 bis 10 an Realschulen 21 Wochenstunden zugeteilt sind, fallen dem Fach Politik in den Jahrgängen 5 bis 10 insgesamt 7 Wochenstunden zu. Das sind dann umgerechnet und aufgerundet 1,2 Unterrichtsstunden pro Woche für das Fach Politik. Das entspricht 46,7 Unterrichtsstunden in einem Schuljahr.

Die Zuordnung der Inhaltsfelder zu den Themenschwerpunkten Gesellschaft, Politik und Wirtschaft richtet sich nach der Beschreibung der Inhaltsfelder in den Kernlehrplänen, insbesondere in Form der dort explizit aufgeführten „Schwerpunkte“, „inhaltlichen Schwerpunkte“ und der einem Inhaltsfeld direkt zugeordneten „Kompetenzen“. Die Intercoder-Reliabilität wurde durch zwei unabhängig voneinander durchgeführte Codierungen durch zwei Fachdidaktikwissenschaftler sowie darüber hinaus durch stichprobenartige Überprüfungen durch Dritte gesichert.

Inhaltsfelder wie „Grundlagen des Wirtschaftens und Wirtschaftsgeschehens“ aus dem Kernlehrplan Politik Realschule (MSW 2011a) wurden dem Themenschwerpunkt Wirtschaft zugeordnet. Inhaltsfelder wie „Die Rolle der Medien in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft“ die zwar auch Bezüge zum Themenbereich Wirtschaft aufweisen, aber eindeutig die Themenbereiche Politik und Gesellschaft in den Mittelpunkt stellen, werden auch nur diesen Themenbereichen zugerechnet.

Schließlich weisen wir darauf hin, dass sich eine etwas andere Gewichtung ergibt, wenn man nur die Gruppe der kleinen Unterrichtsfächer als Vergleichsmaßstab wählt. Will man das quantitative Übergewicht der großen Fächer ausgleichen, dann ist die bereinigte durchschnittliche Stundentafelquote $Q_{SX\text{partial}}$ eines Faches der geeignete Indikator (ohne die Fächer Deutsch, Mathematik, Englisch, Sport und Wahlpflichtbereich). Die Daten dafür zeigt die Tab. 8.

Tab. 8 Bedeutung des Themenbereichs Politik in Bildungsgängen der Sek I nach Schulformen (Gruppe kleine Fächer)

	Realschule (Jg. 5-10)	Gesamtschule (Jg. 5-10)	Gymnasium (Jg. 5-9)
Durchschnittlicher Stundentafelanteil kleiner Fächer ($Q_{S\bar{x}partial}$, %)	9,1	8,3	11,1
Stundentafelanteil für den Themenbereich Politik (nur kleine Fächer, $Q_{SPpartial}$, %)	3,4	3,0	2,9

Eigene Berechnung mit Daten aus: APO SI NRW 2017, § 3, Anlage 2-4 & § 4; MSW 2007, S. 15-33; MSW 2011a, S. 12-30; MSW 2011b, S. 106-128.

Die durchschnittliche Stundentafelquote eines kleinen Faches beträgt beispielsweise für Realschulen 9,1 %. Davon bleibt der Themenbereich Politik mit einer Quote $Q_{SPpartial}$ von 3,4 % weit entfernt. Die Fächer Politik, Geschichte und Erdkunde haben jeweils eine Stundentafelquote Q_S von 8,8 %, sie liegen also leicht unter dem Durchschnitt der Gruppe der „kleinen“ Fächer. Auf Musik, Kunst und Textilgestaltung entfällt jeweils ein Q_S von 6,7 %.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- APO SI NRW 2017 = Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2017): Verordnung über die Ausbildung und die Abschlussprüfungen in der Sekundarstufe I (Ausbildungs- und Prüfungsordnung Sekundarstufe I – APO-S I) Vom 2. November 2012 geändert durch Verordnung vom 21. März 2017 (SGV. NRW. 223) mit BASS 13-21 Nr. 1.1. Online verfügbar unter https://www.schulministerium.nrw.de/docs/Recht/Schulrecht/APOen/HS-RS-GE-GY-Sekl/APO_SI.pdf (Zugriff: 25. Juli 2017).
- Götz, Thomas; Lohrmann, Katrin; Ganser, Bernd; Haag, Ludwig 2005: Einsatz von Unterrichtsmethoden - Konstanz oder Wandel? In: *Empirische Pädagogik* 10 (4), S. 342–360.
- Hamm-Brücher, Hildegard 1992: Bürgergesellschaft versus Parteiendemokratie. Damit unsere Verfassungswirklichkeit wieder verfassungskonform wird. In: Gunter Hofmann und Werner A. Perger (Hg.): *Die Kontroverse. Weizsäckers Parteienkritik in der Diskussion*. Frankfurt am Main: Eichborn, S. 187–197.
- Hoffmann-Lange, Ursula 2001: Politikverdrossenheit oder Politikdistanz? Zum Wandel der politischen Orientierungen junger Menschen. In: *Diskurs* 11 (1), S. 11–19.
- Lederer, Gerda; Schmidt, Peter (Hg.) 1995: *Autoritarismus und Gesellschaft. Trendanalysen und vergleichende Jugenduntersuchungen von 1945 - 1993*. Opladen: Leske und Budrich.
- Massing, Peter 2011: Parteien- und Politikverdrossenheit - Mode oder Signum der Zeit? In: Siegfried Frech (Hg.): *Bürger auf Abwegen? Politikdistanz und politische Bildung ; Siegfried Schiele für seine Verdienste um die Didaktik politischer Bildung*. Schwalbach / Ts.: Wochenschau-Verl. (Didaktische Reihe), S. 131–148.
- MSW 1996 = Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (1996): 27. Januar – Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. RdErl. d. Ministeriums für Schule und Weiterbildung v. 28. 11. 1996 (GABl. NRW. I S. 236).
- MSW 2001 = Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2001): Rahmenvorgabe Politische Bildung. Online verfügbar unter <https://www.schulentwicklung.nrw.de/materialdatenbank/nutzersicht/materialeintrag.php?matId=2894> (Zugriff: 25. Juli 2017).
- MSW 2004 = Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen (2004): Rahmenvorgabe für die ökonomische Bildung in der Sekundarstufe I. Online verfügbar unter <https://www.schulentwicklung.nrw.de/materialdatenbank/nutzersicht/materialeintrag.php?matId=2894> (Zugriff: 25. Juli 2017).
- MSW 2007 = Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2007): Kernlehrplan für das Gymnasium – Sekundarstufe I (G8) in Nordrhein-Westfalen .Politik/Wirtschaft. Online verfügbar unter https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/upload/lehrplaene_download/gymnasium_g8/gym8_politik-wirtschaft.pdf (Zugriff: 31. Mai 2017).
- MSW 2011a = Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2011): Kernlehrplan für die Realschule in Nordrhein-Westfalen . Politik. Online verfügbar unter https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/upload/klp_SI/RS/PL/KLP_RS_PL.pdf (Zugriff: 31. Mai 2017).
- MSW 2011b = Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2011): Kernlehrplan für die Gesamtschule – Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen. Gesellschaftslehre . Erdkunde, Geschichte, Politik. Online verfügbar unter https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/upload/klp_SI/GE/GL/KLP_GE_GL.pdf (Zugriff: 31. Mai 2017).
- MSW 2013b = Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2013): Kernlehrplan für die Gesamtschule – Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen. Arbeitslehre. Hauswirtschaft, Technik, Wirtschaft. Online verfügbar unter https://www.schulentwicklung.nrw.de/lehrplaene/upload/klp_SI/GE/Arbeitslehre/KLP_GE_AL.pdf (Zugriff: 31. Mai 2017).
- MSW 2015 = Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2015): *Das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen aus quantitativer Sicht, 2014/15. Statistische Übersicht Nr. 388*. Düsseldorf.
- MSW 2016 = Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2016): *Das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen aus quantitativer Sicht, 2015/16. Statistische Übersicht Nr. 391*. Düsseldorf.
- MSW 2017a = Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2017): *Das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen aus quantitativer Sicht 2016/17. Statistische Übersicht Nr. 395*. Düsseldorf.
- NRWSPD, Bündnis 90/Die Grünen NRW 2010: *Nordrhein-Westfalen 2010-2015. Gemeinsam neue Wege gehen. Koalitionsvertrag zwischen der NRWSPD und Bündnis 90 / Die Grünen NRW*. Online verfügbar unter https://gruene-nrw.de/dateien/Koalitionsvertrag_Rot-Gruen_NRW_2010-2015.pdf (Zugriff: 2. Juli 2017).
- NRWSPD, Bündnis 90/Die Grünen NRW 2012: *Koalitionsvertrag 2012–2017. Verantwortung für ein starkes NRW – Miteinander die Zukunft gestalten*. Online verfügbar unter https://gruene-nrw.de/dateien/Koalitionsvertrag_2012-2017.pdf (Zugriff: 2. Juli 2017).
- Patzelt, Werner J. 2009: Politikfern sind die Ahnungslosen. In: *Kursiv Journal für politische Bildung* (1), S. 12–17.
- Pickel, Gert 2002: *Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung*. Opladen: Leske und Budrich.
- SchulG NRW 2016 = Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Schulgesetz NRW - SchulG) vom 15. Februar 2005 (GV. NRW. S. 102) zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Juni 2016 (GV. NRW. S. 442). Online verfügbar unter <https://www.schulministerium.nrw.de/docs/Recht/Schulrecht/Schulgesetz/Schulgesetz.pdf> (Zugriff: 31. Mai 2017).
- Rau, Johannes 2000: *Die Zukunft unserer Demokratie. Rede auf dem Jahresforum des Vereins "Gegen Vergessen Für Demokratie e.V."* in Berlin am 14. Oktober 2000 in Berlin. Der Bundespräsident: Berlin.
- Weizsäcker, Richard von 1992: *Richard von Weizsäcker im Gespräch mit Gunter Hofmann und Werner A. Perger*. Unter Mitarbeit von Gunter Hofmann und Werner A. Perger. Frankfurt am Main: Eichborn Verlag.

Didaktik der Sozialwissenschaften
Social Science Education
Working Papers
ISSN 2364-7698

Fakultät für Soziologie
Faculty of Sociology

Didaktik der Sozialwissenschaften
Social Science Education
Working Papers
ISSN 2364-7698

Anschrift der Autoren:
Mahir Gökbudak
Reinhold Hedtke
Universität Bielefeld
Fakultät für Soziologie
33501 Bielefeld
reinhold.hedtke[at]uni-bielefeld.de
mahir.gökbudak[at]uni-bielefeld.de

URL: urn:nbn:de:0070-pub-29151744
Bielefeld: Faculty of Sociology 2017

Didaktik der Sozialwissenschaften

Social Science Education

Working Papers

ISSN 2364-7698

Herausgeber / Editors:

Prof. Dr. Reinhold Hedtke

Prof. Dr. Bettina Zurstrassen

Die Working Papers Didaktik der Sozialwissenschaften stellen vorläufige Forschungsergebnisse oder Resultate aus laufenden Forschungsprojekten vor und bieten ein Forum für Debatten und Diskussionen. Sie haben eine interne und externe Kommentierung und Begutachtung durchlaufen.

Social Science Education Working Papers are reporting on preliminary research results or results from current projects and are intended to provide a forum for debate and discussion. They have been subjected to internal and external comment and peer review.

Universität Bielefeld / Bielefeld University
Fakultät für Soziologie / Faculty of Sociology
Postfach / Postbox100 131
33501 Bielefeld
Germany

Homepage

<http://www.uni-bielefeld.de/soz/forschung/ab9/>

e-Mail

reinhold.hedtke[at]uni-bielefeld.de

bettina.zustrassen[at]uni-bielefeld.de

Sekretariat / office: Tel. +49 (0)521-106-3985



Bielefeld 2017

© Copyright by the author(s)

Didaktik der Sozialwissenschaften

Social Science Education

Working Papers

ISSN 2364-7698

Herausgeber / Editors:

Prof. Dr. Reinhold Hedtke

Prof. Dr. Bettina Zurstrassen

Die Working Papers Didaktik der Sozialwissenschaften stellen vorläufige Forschungsergebnisse oder Resultate aus laufenden Forschungsprojekten vor und bieten ein Forum für Debatten und Diskussionen. Sie haben eine interne und externe Kommentierung und Begutachtung durchlaufen.

Social Science Education Working Papers are reporting on preliminary research results or results from current projects and are intended to provide a forum for debate and discussion. They have been subjected to internal and external comment and peer review.

Universität Bielefeld / Bielefeld University
Fakultät für Soziologie / Faculty of Sociology
Postfach / Postbox 100 131
33501 Bielefeld
Germany

Homepage

<http://www.uni-bielefeld.de/soz/forschung/ab9/>

e-Mail

reinhold.hedtke[at]uni-bielefeld.de

bettina.zustrassen[at]uni-bielefeld.de

Sekretariat / office: Tel. +49 (0)521-106-3985

Bielefeld 2018

© Copyright by the author(s)